

Sehr geehrte Damen und Herren,
Eure Exzellenz,

wir wurden über die aktuelle Welle von Betätigungsverboten, Inhaftierungen und sonstigen Repressionsmaßnahmen gegen Organisationen und Personen der tunesischen Zivilgesellschaft in Kenntnis gesetzt. Daher lassen wir Ihnen die folgende Stellungnahme zukommen.
Wir ersuchen Sie, diese an die zuständigen Stellen der Republik Tunesien weiterzuleiten.

Hochachtungsvoll,

Afrique-Europe Interact
No Border Summit Vienna

Tunesien: Demokratische Rechte verteidigen!

Solidarität mit FTDES, ATFD, M'nemty, Nawaat und sozialen Bewegungen!

Seit Oktober 2025 protestieren die Bewohner*innen von Gabès, einer Stadt an der tunesischen Mittelmeerküste, gegen die toxische Verunreinigung und anhaltende Umweltzerstörung durch den Phosphatabbau. Um von der eigenen Untätigkeit abzulenken und eine landesweite Mobilisierung zu verhindern, nimmt die Regierung Tunesiens, die in den letzten Jahren zunehmend autoritär agiert und Bürger*innenrechte und Migration kriminalisiert, zivilgesellschaftliche Akteur*innen ins Visier, die sich mit der Protestbewegung in Gabès solidarisiert haben und verhängt zudem ein Betätigungsverbot für eine der letzten unabhängigen Zeitschriften.

Am 20. Oktober 2025 untersagen die tunesischen Behörden alle Aktivitäten der Vereinigung tunesischer demokratischer Frauen (*ATFD*) mit der fadenscheinigen Begründung angeblicher Verstöße gegen verwaltungsrechtliche Vorgaben. Wenige Tage später trifft es das Tunesische Forum für ökonomische und soziale Rechte (*FTDES*), auch dieser Organisation wird mit ähnlichen Begründungen jede Tätigkeit für vorerst einen Monat untersagt. Und auch *M'nemty* (arabisch „Mein Traum“) – einer antirassistischen Organisation – wird offiziell jede Aktivität verboten. Schließlich muss auch *Nawaat*, Zeitschrift und Blog für investigativen Journalismus, für einen Monat seine Aktivität einstellen. Weitere fünf Organisationen, darunter auch *Inkyfada*, ein unabhängiges Medienkollektiv, werden unter Beobachtung gestellt.

All diese Organisationen sind Repräsentant*innen eines demokratischen Tunesiens und kämpfen offen gegen die rassistische und autoritäre Politik der tunesischen Regierung: *ATFD* betreibt seit den 1980er Jahren landesweit Anlaufstellen für (gewaltbetroffene) Frauen und bietet für Tunesierinnen wie auch Migrant:innen* rechtliche, psychologische und soziale Unterstützung an; *FTDES* setzt sich seit dem Sturz Ben Alis für Menschenrechte und soziale Rechte insbesondere marginalisierter Gruppen ein und dokumentiert seit mehr als einem Jahrzehnt Umweltkrisen, gesellschaftliche Spaltung und soziales Leid; *M'nemty*, deren Präsidentin Saadia Mesbah seit 17 Monaten ohne Anklage in Haft sitzt, betreibt *law clinics* für von Rassismus betroffene Tunesier:innen und kämpft für die Rechte tunesischer Minderheiten. Alle vereint der Kampf gegen die seit 2023 massiv verschärfte Kriminalisierung von Migration, gegen Menschenjagd, brutale Pushbacks an die Grenzen und in die Wüste sowie gegen das Sterben-Lassen von Menschen im Mittelmeer. Aber nicht nur Organisationen sind Opfer dieser Repressionswelle: zahlreiche namhafte Menschenrechtsverteidiger*innen und Oppositionelle wurden bereits ins Gefängnis geworfen; zuletzt traf es auch besonders exponierte Aktivist*innen, unter anderem aus dem Umfeld der Sumud Flotilla, die von Personen in Zivil brutal auf der Straße gekidnappt wurden.

Trotz aller autoritären Vorgehensweisen, die seit 2023 in Tunesien zu beobachten sind, hält die EU an der bedingungslosen Unterstützung des tunesischen Regimes fest. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland und Italien, aber auch Österreich, finanzieren die Ausbildung tunesischer Polizist*innen, errichten Trainingscamps, schließen Abschiebeabkommen ab und sind damit mitverantwortlich für die Stärkung des tunesischen Polizeistaats und die Kriminalisierung von Migrant:innen, Geflüchteten und jenen, die sich für deren Rechte einsetzen. Als Organisationen und Gruppen, die für Menschenrechte, Bewegungsfreiheit, Klimagerechtigkeit und eine freie und gerechte Gesellschaft eintreten, stehen wir solidarisch hinter *FTDES*, *ATFD*, *M'nemty*, *Nawaat* und allen anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die in Tunesien von den Machenschaften der Kaïs Saïed-Regierung betroffen sind!

Wir fordern:

- **Ende der Externalisierung des europäischen Grenzregimes**
- **Aufhebung aller willkürlichen Betätigungsverbote für zivilgesellschaftliche Organisationen in Tunesien!**
- **Freiheit für alle politischen Gefangenen!**
- **Ende der Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements**
- **Solidarität mit den Protestierenden in Gabès – Umweltzerstörung und Raubbau beenden!**

Afrique-Europe Interact
No Boder Summit Wien